

**Interpellation Reimann-Wil / Grob-Necker:
«Massnahmen gegen Stalking»**

Stalker sind Personen, die ihre Opfer über längere Zeit verfolgen, belästigen und bedrohen. Stalking reicht von verbaler Belästigung bis zu körperlicher Gewalt. Zum vielfältigen Verhaltensrepertoire der Stalker gehören persönliches Auflauern, Ausspionieren und Überwachen. Typisch sind Telefonterror und unerwünschte wiederholte Kontaktaufnahme bis hin zu Gewaltdrohungen via Post, SMS oder E-Mail. Stalking ist mehr als simple Belästigung. Es zeichnet sich dadurch aus, dass meist ein Bündel von Verhaltensweisen das Bedrohliche für die Opfer ausmacht und diese nicht nur in Angst versetzt, sondern auch massive Einschränkungen ihres sozialen Lebens zur Folge haben kann. Stalking ist längst nicht mehr nur ein Problem von Prominenten und Politikern. Breite Bevölkerungsschichten sind davon betroffen. Bei verschiedensten Anlaufstellen häufen sich die Fälle von Anfragen oder gar Anzeigen wegen Stalking. Opfer fühlen sich oft von der Polizei und Beratungsstellen im Stich gelassen und hilflos dem Stalking ausgeliefert. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern gibt es in der Schweiz kein striktes Anti-Stalking-Gesetz. Die eidgenössischen Räte haben zwar im Juni 2006 das Zivilgesetzbuch durch den Schutz vor Stalking ergänzt. Juristische und polizeiliche Massnahmen können aber nur in besonders schweren Fällen angewendet werden. Auch Leistungen gemäss Opferhilfegesetz können nur Personen beanspruchen, die Opfer einer Gewalttat geworden sind.

Umso wichtiger sind andere Massnahmen, um Opfer zu beraten und frühzeitig zu schützen. Es entsteht der Eindruck, dass die St.Galler Behörden heute zu wenig Möglichkeiten haben, um rechtzeitig zu reagieren und die Opfer kompetent zu beraten. Oft wird erst gehandelt, wenn es zu spät ist.

Darum ersuchen wir die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie gehen Polizei und Beratungsstellen mit der Zunahme von Stalking-Fällen um?
2. Welche Massnahmen empfehlen die Behörden den Opfern? Und welche Hilfe können sie ihnen bieten?
3. Was kann die Regierung unternehmen, um Stalking-Opfer in Zukunft besser zu schützen und zu beraten?
4. Könnte der Aufbau einer Fachstelle gegen Stalking Abhilfe schaffen? »

19. Februar 2007

Reimann-Wil
Grob-Necker